Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 31

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Interessant ist aber die Anwendung dieses Prinzips. Es schützt den Richter nämlich dann, wenn er im Interesse der Partei gesetzwidrige Urteile fällt, nützt ihm aber ganz und gar nichts, wenn der umgekehrte Fall vorliegt. Ein Richter, der die Parteianweisungen nicht befolgt, wird ohne jede Rücksicht auf seine Immunität verhaftet. Diese Praxis zeigte sich besonders deutlich in Ungarn während der beiden ersten Jahre nach der Revolution von 1956.

Die Stellung der Advokaten

ist im kommunistischen System womöglich noch heikler als die Stellung des Richters. Wir werden in einer Fortsetzung darüber berichten.

Landwirtschaft

SBZ

Der Ausgangspunkt

Nächstes Jahr wird man vielleicht vergleichen können, ob das Ergebnis wirklich viel besser geworden ist:

Erst jetzt werden endgültige Zahlen über die katastrophalen Ernteergebnisse des Jahres 1961, die letztlich zu der gegenwärtigen Krise in der Versorgung der Bevölkerung geführt haben, aus dem «Statistischen Jahrbuch 1962» der Sowjetzone bekannt.

Danach lag z. B. die Kartoffelernte 1961 (Früh-, Mittelfrüh- und Spätkartoffeln) um 6 391 109 Tonnen unter der des Jahres 1960. Die Gesamternte 1961 ist mit 8,429 Millionen Tonnen ausgewiesen. Die Getreideernte 1961 betrug insgesamt 4,842 Millionen Tonnen und lag damit um 1,536 Millionen Tonnen unter der des Jahres 1960. Um 2,180 Millionen Tonnen lag die Zuckerrübenernte im letzten Jahr niedriger als im Jahr 1960. Sie betrug im vergangenen Jahr 4,656 Millionen Tonnen.

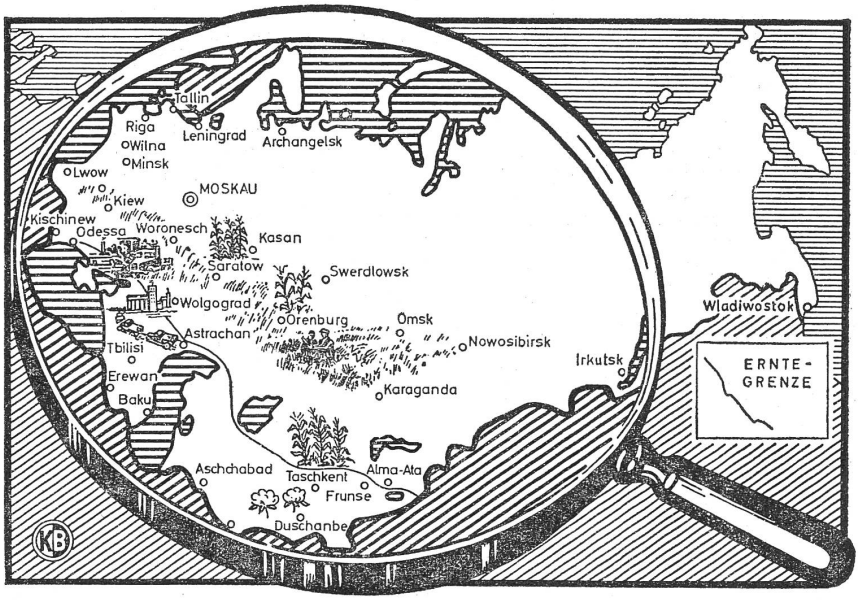
Die Ernte an Grün- und Silomais erbrachte 1961 einen Reinertrag von 9,582 Millionen Tonnen. Sie lag damit um 5,749 Millionen Tonnen unter der Ernte 1960. Trotz aller Beschlüsse der SED, mindestens zehn Prozent der Ackerfläche (4,8 Millionen Hektaren) mit Mais zu bestellen, ist die tatsächlich mit Mais bestellte Fläche 1961 auf 344 076 gegenüber 438 730 Hektaren im Jahr 1960 zurückgegangen.

Polen

Bessere Ernteaussichten

In diesem Jahr werden in Polen fast 9 Millionen Hektaren Getreide geerntet. Von entscheidender Bedeutung wird die Ernte von Wintergetreide sein, dessen Kulturen rund 6,5 Millionen Hektaren umfassen. Entgegen den anfänglich pessimistischen Prognosen, die während der reichen Regenfälle gemacht wurden, beurteilen die Agrarexperten gegenwärtig den Stand von Wintergetreide günstiger. Die Ernte wird dieses Jahr frühestens Ende Juli, in den nördlichen Wojewodschaften aber noch später begonnen.

Das wird zu einer Anhäufung der Feldarbeiten führen und die Staatsgüter, in denen Mangel an Arbeitskräften herrscht, in Schwierigkeiten bringen. Die Staatsgüter werden dieses Jahr für die Erntezeit zusätzlich mehr als 30 000 Arbeiter beschäftigen müssen. Das Landwirtschaftsministerium hat bereits 16 000 Arbeiter für die Staatsgüter angeworben. Da aber diese Zahl nicht ausreicht, richteten die Staatsgüter einen Appell an die Industriebetriebe, während der Ernte ihre Arbeiter — zumindest an den Wochenenden — in die Staatsgüter der Umgebung zur Arbeit zu entsenden. Die Staatsgüter versprechen den Leuten kostenlose Unterkunft und Verpflegung sowie Entlöhnung nach Kollektivvertrag zuzüglich einer 15prozentigen Zulage.



Die Partei verfolgt den Kampf an der sowjetischen Ernte-Front

Die Lupe über der Karte versinnbildlicht in der sowjetischen Darstellung die Aufmerksamkeit, welche in der Sowjetunion der diesjährigen Ernte gewidmet werden muss. Die schlechten Erträgnisse der beiden letzten Jahre haben eine prekäre Versorgungslage hinterlassen, die durch erneute landwirtschaftliche Rückschläge grösseren Ausmasses nicht noch verschlimmert werden darf. Wie sich im Laufe des Sommers und Herbstes die Erntegrenze von Süden nach Norden verschiebt (auf unserer Karte Stand nach der ersten Juliwoche), zeigt sich, was die Bevölkerung im kommenden Jahr an Nahrungsmitteln zu kaufen haben wird. Bisher scheinen die Bedingungen relativ günstig zu sein. Der Plan für die Frühlingsaussaat ist zu 104 Prozent erfüllt worden. Mit Getreide oder Hülsenfrüchten angepflanzt wurden 134 Millionen Hektaren, nahezu 12 Millionen Hektaren mehr als letztes Jahr (laut «Prawda» vom 7. Juli). Nebst dem Wetter im August wird es nun von der Organisation abhängen, ob die erwarteten 140 Millionen Tonnen Getreide eingebracht werden können. Und die Organisation (u. a. Geräte und Maschinen) scheint auch dieses Jahr ernste Sorgen zu bereiten. In den ersten drei Jahren des Siebenjahresplanes blieben die Erträgnisse um 30 Millionen Tonnen unter dem Plan. Auf 1965, dem Ende dieser Planperiode ist eine jährliche Getreideernte von 180 Millionen Tonnen angesagt. Dieser Teil des laufenden Siebenjahresplanes wird bei weitem nicht erfüllt werden.

Die Schiffbauindustrie

Im laufenden Jahr sollen die polnischen Werften 57 Schiffe, mit einer Gesamttonnage von 288 400 tdw (Tragfähigkeit in Tonnen) erzeugen. Bis 1965 will man für den eigenen Bedarf jährlich 100 000 tdw in Anspruch nehmen, womit sich die Gesamttragfähigkeit der Handelsflotte von den gegenwärtigen 1 Million tdw auf 1,3 Millionen tdw erhöhen wird. In den vergangenen 13 Jahren stellte die Schiffbauindustrie 585 Schiffe mit 1,5 Millionen tdw her. Durch den Ausbau der einheimischen Maschinenindustrie wurde im Schiffbau der Anteil der Importmaschinen immer kleiner und beträgt gegenwärtig 5 Prozent des Wertes der erzeugten Schiffe. Ungefähr 66 Prozent der Produktion werden exportiert. Im Jahre 1960 gingen 70 Prozent der Exporte in die Sowjetunion, 17 Prozent nach Brasilien und 11,4 Prozent nach Indonesien.

Planwirtschaft

Sowjetunion

Halbzeit

Der gegenwärtige Siebenjahresplan der Sowjetunion, der für die volkswirtschaftliche Entwicklung von 1958 bis 1965 massgebend ist, ist diesen Sommer zur Hälfte abgelaufen. Eine statistisch ausgerechnete Halbzeitbetrachtung gibt es zu diesem Anlass nicht, weil die Zwischenbilanzen jeweils zu Jahresbeginn veröffentlicht werden, wenn die Ergebnisse der sogenannten «Volkswirtschaftspläne» (Jahrespläne) mehr oder weniger genau vorliegen. (Siehe für dieses Jahr KB Nr. 6.) Dennoch lässt sich feststellen, welche Ziele in der ersten Hälfte des Siebenjahresplanes erreicht wurden und welche nicht. So sind die Baupläne nicht erfüllt worden (wobei das grösste Manko im Wohnungsbau liegt), die Produktion von Konsumgütern und vor allem auch die Erzeugung von Lebensmitteln blieben unter dem vorgesehenen Programm. Die industrielle Zuwachsrate scheint sich zu verlangsamen, die Arbeitsproduktivität (Produktion im Verhältnis zur aufgewandten Arbeit) stieg nicht im erwarteten Masse an. Hatte man 1958 noch verkündet, der (damalige) Stand der USA-Industrieerzeugung werde bis 1965 erreicht sein, so ist dieses Ziel unterdessen

um weitere fünf Jahre verschoben worden, als im letzten Herbst der neue Zwanzigjahres-Perspektivplan (siehe KB Nr. 13) bekanntgegeben wurde.

Dafür können machtpolitisch sehr wichtige Wirtschaftszweige auf eine Uebersoll-Leistung zurückblicken. Das betrifft insbesondere die rüstungswichtige Stahlindustrie und die Erdölgewinnung, die in der sowjetischen Wirtschaftspolitik eine erstklassige Rolle spielt. (Siehe u. a. KB Nr. 10.)

Aber diesen relativen Faktoren (Entwicklung der Wirtschaft im Verhältnis zum Plan) stehen auch die absoluten Faktoren des wirtschaftlichen Ausbaues gegenüber. Wenn in diesem oder jenem Sektor das Plansoll nicht erfüllt wurde, heisst das noch nicht, dass die Leistungen nicht zugenommen haben. Ein planwirtschaftlicher Versager kann immer noch mit einem Machtausbau verbunden sein. Wenn beispielsweise die Landwirtschaft immer ungenügende Erträgnisse abliefert (auch im Vergleich mit dem Westen), so hindert das doch nicht, dass die Neulanderschliessungen trotzdem weiter gehen und die Ernährungsgrundlage vergrössert wird. Unter rücksichtsloser Ausbeutung der Arbeitskräfte, unter grössten Opfern der Bevölkerung, auf unrentabler Grundlage, gewiss. Aber es ist gerade die Diktatur, die einen Ausbau unter nahezu allen Umständen erzwingen kann, auf Kosten bestimmter Bevölkerungsschichten oder des ganzen Volkes.

Jedenfalls können wir nicht nur die Planerfüllung berücksichtigen, wenn wir die Wirtschaftsentwicklung beurteilen wollen. In den abgelaufenen dreieinhalb Jahren des Siebenjahresplanes ist vieles entstanden, unbeschadet dessen, was alles noch hätte entstehen sollen.

Unsere heutige Karte erschien in der sowjetischen Armeezeitung «Krasnaja Swesda» («Roter Stern»). Dargestellt sind nur Grossbauten. Es ist nicht zu leugnen, dass das Bild eindrücklich ist.

Auf unserer Karte sind nur die grössten Bauten des laufenden Siebenjahresplanes angeführt. Von besonderer Wichtigkeit sind die Energiekraftwerke. Ueber die grössten Projekte und Realisierungen berichteten wir letzten Winter (Nr. 43). Auf diesem wie auf zahlreichen weiteren Sektoren ist zu berücksichtigen, dass die Parteipropaganda die Wirklichkeit immerhin erheblich aufwertet (siehe KB Nr. 27). Gegenwärtig sind in der Sowjetunion 20 Wasserkraftwerke und 100 grössere Wärmekraftwerke in Bau.

Bergbau und metallurgische Industrie wachsen zweifellos zurzeit in starkem Ausmass an, wenn auch planwirtschaftliche Unzulänglichkeiten wie mangelnde Koordination und Bürokratisierung eine optimale Nutzung der Kapazitäten verhindern. Das sowjetische Prunkstück der Hüttenindustrie sind gegenwärtig die zwei Riesenhochöfen, die in der mittelukrainischen Bergbaustadt Kriwoj Rog errichtet werden. Nach Angaben der Landespresse wären sie «die grössten und modernsten» der Welt. In den Eisenerzgebieten werden Bergbaukombinate von nie dagewesener Grösse gebildet, die im Jahr 25 bis 35 Millionen Tonnen Eisenerz verarbeiten sollen. (Kombinate sind zusammengeschlossene Industrie-Unternehmungen mit Nebenbetrieben, wobei etwa Energiebeschaffung, Rohstoffzufuhr und verschiedene verwandte Produktionsprozesse verkoppelt werden. So gibt es Erdölkombinate — mit Raffinerien und weiteren erdölverarbeitenden Betrieben —, Eisen-, Kohle-Kombinate usw.)

Ueber die forcierte Förderung von Erdöl (und Erdgas) wurde im KB schon mehrfach berichtet. Das Entwicklungstempo wird sich eher noch steigern. Allein in den beiden letzten Jahren wurden über 40 neue Erdölvorkommen entdeckt, die über interne Leitungen an die Comecon-Pipelines angeschlossen werden.

Die Schwerindustrie wird immer stärker in den Ostgebieten der Union angesiedelt. Bedeutende Unternehmen des Maschinenbaus sind etwa in Krassnojarsk, Chabarowsk und Aschchabad entstanden. Ein ähnlicher Trend ist in der chemischen Industrie zu vermerken. Die Schwierigkeiten der neuen Zentren liegen zu einem beträchtlichen Teil am ungenügend ausgebauten Transportwesen für Rohstoffe und Fertigprodukte, obwohl sich die Planung bemüht, die Verarbeitung immer näher an die Rohstofflager heranzubringen.

Wirtschaft

Sowjetunion

Chemische Zersetzung

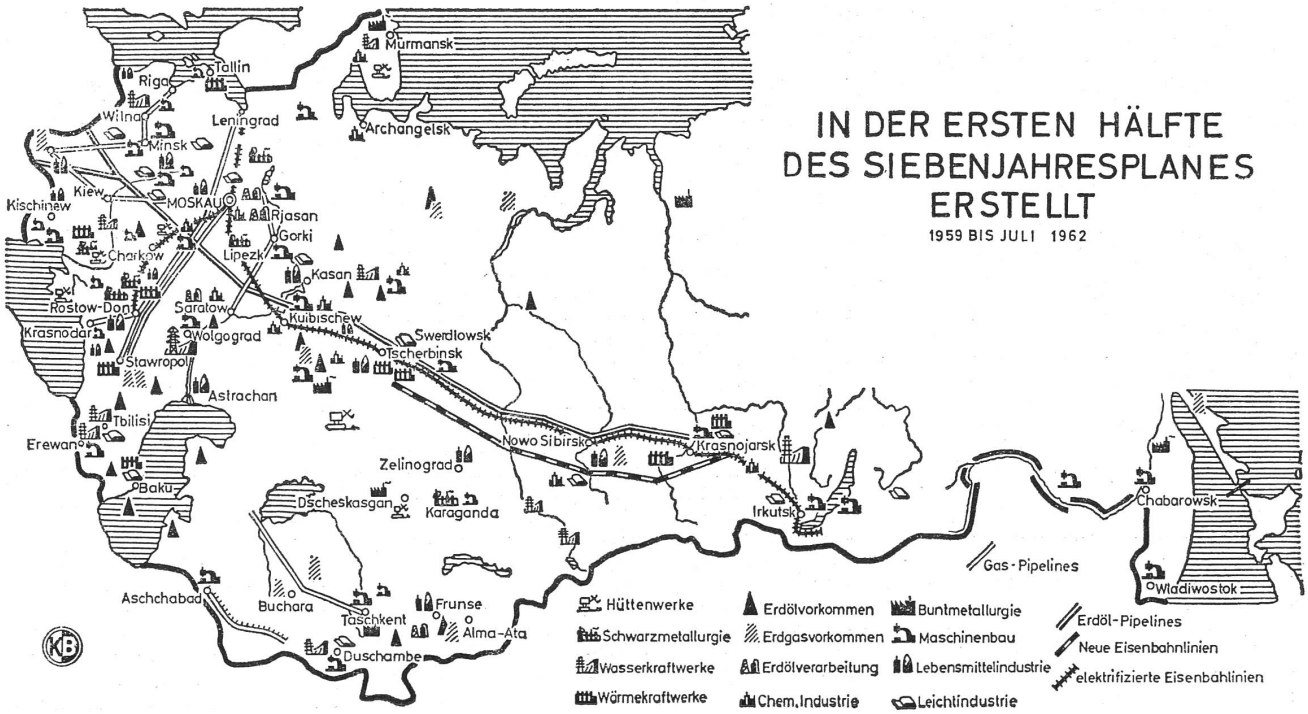
Was die Planwirtschaft erreicht, erreicht sie häufig genug auf Grund eines erheblichen Mehraufwandes, dessen Kosten die Bevölkerung zu tragen hat. Das ist auch im gegenwärtigen sowjetischen Siebenjahresplan der Fall, obwohl wir dessen Verwirklichungen durchaus ernst nehmen.

Das vom 22. Parteikongress angenommene neue Programm der KPdSU bezeichnet den Ausbau der chemischen Industrie als eine der «wichtigsten Aufgaben» der Industrialisierung. Infolge der zahlreichen Mängel des zentralen Planungssystems, stösst die Verwirklichung auf grosse Schwierigkeiten. Nach Darstellung der «Prawda» vom 19. Juli sehen sie so aus:

Wie bekannt ist die Wirtschaftsregion (Sownarchos) von Kujbischew reich an Erdöl und Gas. Trotzdem müssen die dort errichteten neuen Fabriken für synthetischen Kautschuk und Alkohol ihre Rohstoffe aus der Tartarischen ASSR, von der Gas-Benzin-Fabrik in Minnibajewo beziehen.

Der Grund dieser Erscheinung liegt in der falschen Planung, da diese beiden Verarbeitungsbetriebe eher fertiggestellt worden sind als die Oel- und Gasverarbeitungsanlagen in Muchanowo, die die Rohstoffe liefern sollten.

Da die Erdölprodukte der Tartarischen ASSR für andere Verwendung eingeplant worden sind, kann die Fabrik von Minnibajewo die Alkoholfabrik von Kujbischew nur teilweise mit den nötigen Rohstoff-



mengen versorgen. So erhielt auch im Vorjahr diese Fabrik nur 20 Prozent der benötigten Rohstoffe und ihr Bedarf an Propylen für die Erzeugung von Alkohol, Azeton und Styrol konnte nur zu 37,2 Prozent gedeckt werden. Deshalb war die Planerfüllung nur 65,5 Prozent und bei der Phenol-Erzeugung sogar nur 35 Prozent. Im laufenden Jahr wird die Fabrik ihren Plan zwar erfüllen können, aber nur deshalb, weil die Planziffern erheblich herabgesetzt worden sind, womit die Kapazität aber nur zu 66 Prozent ausgelastet ist.

Die gleichen Schwierigkeiten haben sich übrigens auch bei der Fabrik für synthetischen Kautschuk in Omsk (RSFSR) ergeben, die den Betrieb Ende dieses Jahres aufnehmen sollte. In der Nähe dieser Fabrik befindet sich zwar eine bedeutende Erdölverarbeitungsanlage, die ursprünglich als ihr Rohstofflieferant vorgesehen war. Infolge der falschen Planung wurden aber diese Anlagen nicht für die Erzeugung solcher Produkte eingerichtet, die für synthetischen Kautschuk als Rohstoffe dienen könnten. Die Konferenz, die Ende Mai dieses Jahres im Staatsplanungskomitee der RSFSR aus diesem Grunde zusammengerufen wurde, kam zum Schluss: Es soll eine Kommission gebildet werden, um wenigstens bis 1965 die örtliche Rohstoffversorgung sicherzustellen. Bis dahin wird das als Rohstoff benötigte Erdgas aus dem mehr als 1000 km entfernten Minnibajewo bezogen.

Es ist immerhin bezeichnend, dass es der Sowjetunion nach mehr als 40 Jahren noch immer nicht gelungen ist, ein wirtschaftliches und vernünftig funktionierendes Planungssystem auszuarbeiten. Zur Behebung der Schwierigkeiten werden meistens nur personelle Aenderungen vorgenommen, wie zum Beispiel am 17. Juli, als der bisherige Vorsitzende des Zentralen Planungskomitees, W. Nowikow, der diesen Posten seit dem 4. Mai 1960 inne hatte, durch seinen Stellvertreter ersetzt wurde.

Literatur

Jugoslawien

Um Gluscevic

Zoran Gluscevic, der unserer Zeitung eine heftige Polemik wegen einer Andric-Interpretation geliefert hatte (siehe KB Nr. 18), ist auch in seinem Lande in eine Fehde über Literaturfragen verwickelt.

Seine Auseinandersetzung mit dem Literaturkritiker Muharem Pervic geht um Fragen des Parteidiktates in der Literatur und wird über mehrere jugoslawische Zeitungen und Zeitschriften geführt.

Gluscevic wirft seinem Gegner vor, ein «Schdanovist» zu sein. Schdanow war zur Zeit des Stalinismus im Zentralkomiteesekretariat der sowjetischen Partei für Literatur und Kunst verantwortlich, die er nach den Weisungen seines Gebieters völlig zu knebeln versuchte. Nach der Entstalinisierung wurde sein Name Sinnbild für sture Förderung des «sozialistischen Realismus» und für Diktatur über alle Kunst- und Literaturfragen.

Pervic seinerseits verwahrt sich gegen solche Anschuldigungen, wenn er auch zugibt, dass er an die «revolutionäre Verpflichtung» des Schriftstellers glaubt. Auch stellt er Gluscevic indirekt als Opportunisten hin, wenn er bemerkt, dessen Zeitung «Knjischevne Movine» sei erst mit grosser Verspätung zum Angriff auf die Schdanowisten angetreten und suche jetzt am falschen Objekt verlorenes Terrain wiedergutzumachen.

Aussenhandel/Politik

Jugoslawien/UdSSR

Vorentscheidung gefallen?

Jugoslawien hat sich wirtschaftlich dem Comeconblock und insbesondere der Sowjetunion so stark genähert, dass Moskaus Aussicht, nach Titos Tod das Land wieder zu einem Satellitenstaat zu machen, sehr beträchtlich verstärkt worden ist.

Nachdem bereits im Mai zwischen Belgrad und Moskau ein Handelsabkommen auf fünf Jahre abgeschlossen worden war, wurde anfangs Juli in Moskau ein Zusatzabkommen vereinbart, das für die nächsten drei Jahre den Warenaustausch zwischen den beiden Partnern um nochmals 30 Prozent erhöht. (1961 gingen 9,4 Prozent des jugoslawischen Exports nach der UdSSR, wogegen der Import aus der Sowjetunion lediglich 3,7 Prozent ausmachte. Der Anteil des Osthandels am jugoslawischen Aussenhandel beträgt 23 Prozent.)

Diese Entwicklung geht weiter als das Tito so gern zugeschriebene «Spiel zwischen Ost und West». Sie könnte entscheidenden Charakter haben, um so mehr, als die Annäherung auch in politischer Hinsicht ihre Parallele hat. Von einem lange nicht mehr gehörten Ton war eine Sendung von Radio Zagreb, die vor dem Eintreffen der letzten jugoslawischen Wirtschaftsdelegation in Moskau ausgestrahlt wurde. Da hiess es: «Die gegenwärtigen politischen Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern (Jugoslawien und Sowjetunion) sind so, dass alle Voraussetzungen für eine Handelserweiterung vorhanden sind. Jugoslawien hat ein Interesse an erweiterten Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und andern sozialistischen Staaten, weil die negativen Auswirkungen der diskriminatorischen Massnahmen der EWG-Länder immer deutlicher werden. In seinen Bemühungen, seine Wirtschaft vor jeder Aussenhandelsdiskrimination zu bewahren, und in Berücksichtigung der grossen Unterschiede zwischen EWG und Comecon ist Jugoslawien selbstverständlich zum Schluss gekommen, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Comecon-Ländern grössere Stabilität verspricht.»

In der jugoslawischen Parteispitze herrscht ein Richtungsstreit zwischen zwei Fraktionen, von denen die eine für eine Liberalisierung der Planwirtschaft eintritt, während die andere eine noch zentralistischere und straffere Durchführung erzwingen möchte. Als Tito vor zwei Jahren mit umfangreichen westlichen Krediten seine Währungsreform durchführte, glaubte man an den Sieg der liberalen Richtung. Aber die schlechte wirtschaftliche Entwicklung hat Tito zu Massnahmen greifen lassen, die eindeutig einen Sieg der «dogmatischen» Fraktion darstellen.

In diesen vorerst internen Richtungsstreit hat Moskau mit Unterstützung der «Dogmatiker» eingegriffen, die ohnehin für verstärkten Anschluss an den Comecon eintreten. Zu diesem Lager gehört auch der Vizechef der jugoslawischen Regierung, Mijalko Todorovic (siehe Curriculum), der auch die jugoslawische Wirtschaftsdelegation in Moskau leitete.

Wieweit Tito mit seinem neuesten Vorgehen die USA zu Gegenleistungen erpressen will, ist ungewiss. Sicher ist, dass er sein Land in eine beträchtlich verstärkte Abhängigkeit von Moskau führt, die sich nach seinem Abtreten in Unterwerfung wandeln könnte.

Curriculum der Woche

MIJALKO TODOROVIC

Stellvertretender Vorsitzender des jugoslawischen Bundesexekutivrates (Regierung).

Geboren 1913 im Dorfe Draguschiza (Serbien). Nach Absolvierung des Gymnasiums studierte er an der Universität Belgrad (Technologische Fakultät), wo er sich als Agraringenieur ausbildete. In den dreissiger Jahren aktiv in der kommunistischen Untergrundbewegung. Während des Krieges war er Partisan unter Tito, wobei er seine Karriere als politischer Kommissar machte und später zum General befördert wurde.

Nach dem Krieg war er Leiter der Abteilung Rüstungsindustrie im Verteidigungsministerium sowie Leiter des Ausserordentlichen Versorgungsamtes. Von 1948 bis 1953 Bundesminister für Landwirtschaft, darnach mit Wirtschaftsplanung beauftragt. Gehörte zwischen 1949 und 1952 zu den Hauptförderern der grossen Kollektivierungswelle. Seit 1952 im Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Seine Ernennung zu einem der vier stellvertretenden Ministerpräsidenten erfolgte im April 1958.

Mehrfach als Leiter wirtschaftlicher Delegationen am Ausland, unter anderem 1961 in Kairo. Führte jetzt die jugoslawische Vertretung bei den Wirtschaftsbesprechungen in Moskau an (siehe Aussenhandel Jugoslawien/Sowjetunion).

Entstalinisierung

Bulgarien

Satire auf Personenkult

Bemerkenswert ist eine Satire, die in der Tageszeitung der bulgarischen KP, «Rabotnitschesko Delo», erschien. Der Autor macht sich nicht nur über die abgesägten Stalinisten im Lande lustig — was durchaus gestattet ist, sondern bis zu einem gewissen Grad auch über die gegenwärtige Entstalinisierung.

So schreibt der Verfasser Christo Poljakoff unter anderm:

«Man hörte den Schritt Tausender; dazwischen wurden Stimmen laut. Die Menschen, die die Strasse füllten, waren nicht zu sehen; ich konnte nicht feststellen, ob sie alt oder jung waren, aber dass sie mutig waren, war klar. Vor dem ‚Hauptkult' verhielten sie den Schritt und fingen an, ihn herunterzuzerren.

Der ‚Kult' widersetzte sich heftig. Ich hörte ihn sagen:

— Ich wollte ja gar nicht, aber die Leute haben mich heraufgesetzt. Ich habe sogar zweimal versucht, wieder herunterzukom-

men, aber es ist mir nicht gelungen; ich bin ja aus Zement.

— Und warum hast du die vergessen, die dich heraufgesetzt haben? fragten die Leute.

— Das waren die Bedingungen. Wir konnten einfach nicht ohne Kult auskommen...

— Jetzt nützt dir deine Rechtfertigung nichts mehr, donnerte die Stimme des Volkes.

Der ‚Kult' wurde von vielen Händen gepackt. Und ich sah ihn wackeln und stürzen. Die Leute gingen weiter. Ich hörte Diskussionen, Rechtfertigungen und das Fallen der ‚Kulte'. Und in diesem Augenblick geschah etwas Seltsames. Ein kleiner ‚Kult' sprang von seinem Sockel herunter und obwohl er schwer war, rannte er in die Büsche. Er blieb knapp vor meiner Bank stehen, sah mich aber nicht. Er schaute sich verstohlen um, nahm dann seinen Heiligenschein ab und wollte ihn wegwerfen. Aber wahrscheinlich tat er ihm leid und er versteckte ihn unter seinem Mantel. Dann riss er ein grosses Stück Holz aus einem nahen Sommerhäuschen und mit katzenhafter Geschmeidigkeit schlängelte er sich durch die Bäume. Verblüfft von der schnellen Veränderung seines Aeusseren ging ich ihm nach. Und was sah ich?

Er beugte sich über einen der gestürzten Kulte und schlug mit seinem Knüppel auf ihn ein, dass nur so die Fetzen flogen. Dabei schrie er so laut er konnte:

Nieder mit ihm! Von ihm kam nichts Gutes...

Viele Leute bewunderten seinen Eifer und gratulierten ihm. Nur einer schaute ihn misstrauisch an. Hatte er ihn etwa erkannt?...

Hab' ich das nun im Traum gesehen oder war es vielleicht doch Wirklichkeit? Ich weiss es nicht. Aber eines weiss ich mit 100prozentiger Sicherheit. Was ich gesehen habe, ist wahr.»

Mit dem «Hauptkult», der behauptet hatte, zweimal versucht zu haben, wieder herunterzukommen, ist offensichtlich der frühere stalinistische Diktator Wulko Tscherwenkoff gemeint. Er hatte im Jahre 1954 die Parteiführung und im Jahre 1956 das Amt des Ministerpräsidenten niedergelegt. Aber erst im November des vergangenen Jahres, als Folge des 22. Parteikongresses der KPdSU, war er wegen seines «Personenkults» in Ungnade gefallen.

Der Kult, der selbst herunterstieg, um dann andere anzugreifen, ist ein Bild, das auf viele bulgarische Kommunisten zutrifft. Unter denen, auf die diese Beschreibung ganz sicher zutrifft, befindet sich auch der gegenwärtige Parteichef, Todor Schiwkoff, der seine Karriere Tscherwenkoff verdankt, dem Mann, den er nun so heftig verurteilt.

BRIEFE

Leserkritik an der Leserkritik

Der im KB Nr. 30 abgedruckte Brief auf der letzten Seite zwingt mich nun einmal zu einigen Bemerkungen.

Schon lange ist es mir aufgefallen, dass immer wieder Abonnenten des KB auf die weitere Zustellung des Blattes verzichten, nur weil sie mit einem Artikel oder einem Teil, oft sogar auch nur mit einer Bemerkung nicht einverstanden sind. Das gesamte, grosse Informationswerk des KB wird dabei vollständig ausser acht gestellt. Ist es aber nicht gerade bezeichnend für die ganze westliche Stellungnahme, dass jeder (der Einzelmensch, die Partei oder gar der Staat) viel zu sehr nur seine eigene, persönliche Stellung gegenüber einem Problem sieht, ohne dabei das grosse Ganze zu beachten? Es scheint mir, dass mit der Aufgabe dieser kleinlichen Einstellung sicher ein grosser Schritt vorwärts im Kampf gegen den Kommunismus gemacht werden könnte.

Uebrigens frage ich mich, ob alle diese Abonnements-Abbesteller überhaupt noch irgendeine Tageszeitung lesen können, bei der Vielfalt der Meinungen, die darin vertreten werden. Ich wenigstens müsste sämtliche Zeitungen ja sogar das Radio abbestellen, wenn ich so verfahren würde, bei der geringsten Meinungsverschiedenheit.

W. S. in Bern

Strassenkarten immer mit Vorsicht behandeln

Zu ihrer Karte über internationale Fernverkehrsstrassen in Bulgarien (KB Nr. 29, S. 4) habe ich einige Korrekturen oder Ergänzungen anzubringen. Sie betreffen die Strassenverhältnisse in Jugoslawien, die ich anfangs Juni dieses Jahres aus eigener Anschauung kennen lernte.

Was Sie und ihre bulgarische Vorlage als Asphaltstrasse zwischen Nisch und der Grenze anführen, ist eine Strecke, die sich in Wirklichkeit in teilweise kaum befahrbarem Zustand befindet. Dafür beginnt südlich von Skopje gegen Griechenland zu die Autobahn, die bis auf ein kleines Zwischenstück von 20 Kilometern beendet ist. Auch zwischen Belgrad und Nisch ist sie streckenweise vorhanden. Die früher veröffentlichte Strassenkarte von Jugoslawien (KB Nr. 8) war diesbezüglich genauer.

Dann möchte ich noch erwähnen, dass in Griechenland die Zufahrtsstrassen nach Athen nicht mehr wie auf ihrer Darstellung südwestlich landeinwärts führt, da eine neue Autobahn in ziemlich genauer Nord-Süd-Richtung zwischen dem Meer und dem Olymp besteht. Schliesslich ist es für einen Touristen noch gut zu wissen, dass er die aufgezeichneten Strassenverbindungen zwischen Bulgarien und Griechenland keineswegs nach Belieben benutzen kann, da sich die griechische Regierung zu einer recht scharfen Kontrolle genötigt sieht.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass im Osten Strassenkarten immer mit grösster Vorsicht zu behandeln sind, und teile Ihnen meine Beobachtungen zuhanden allfälliger Reisender mit, die eine solche Darstellung neueren Datums als «Planungsgrundlage» benützen möchten.

I. S. T. in Crans sur Séligny VD

Ideologie

Ungarn

«Neopositivismus»

Die Schönmalerei im Zusammenhang mit allem und jedem, was mit kommunistischen Einrichtungen zusammenhängt, ist heute in Ungarn nicht mehr Mode (wenn auch selbstverständlich die Parteiideologie selbst nicht angegriffen werden kann). Sie wird aber neuerdings sogar mit einer Wortschöpfung abgelehnt, die zeigt, dass man im Begriffe ist, sie allmählich als Häresie zu katalogisieren: «Neopositivismus».

Die Budapester Parteizeitung «Npeszabadsag» würdigte kürzlich die Erfolge der Zeitschrift «Parteigeschichtliche Nachrichten», die vom Institut für Parteigeschichte herausgegeben wird. Ein anschliessender kritischer Absatz aber führt dann aus:

«Wenn wir die Erfolge würdigen, dürfen wir auch die Mängel nicht übersehen, die die Zeitschrift aufweist. Sie ergeben sich teilweise aus gewissen Schwächen und Einseitigkeit der Entwicklung unserer Parteigeschichte. Zu erwähnen ist die geringe Zahl der ideologischen und methodischen Artikel. Unsere Parteigeschichtsschreibung entwickelt sich in den letzten Jahren derart, dass sie die Geschichte der Arbeiterbewegung in organischer Verknüpfung mit der nationalen Geschichte behandelt. Es lassen sich jedoch noch immer Bestrebungen feststellen, die darauf hinauslaufen, diese beiden untrennbaren Prozesse dogmatisch voneinander zu trennen. In anderen Studien kommt die für unsere Geschichtsschreibung gefährlichste Erscheinung zum Ausdruck, die mangels eines besseren Ausdrucks ‚Neopositivismus' genannt wird.» (Damit dürfte die der früheren Parteilinie entsprechende nunmehr aber scharf kritisierte Haltung gemeint sein, alles in ‚rosigen Farben', also ‚positiv' darzustellen und zu beurteilen und sich jeder Kritik an kommunistischen Einrichtungen und Erscheinungen zu enthalten.)

Soziales

Ungarn

14 Personen in Zweizimmerwohnung

Eine Familie mit vier Kindern wohnt im Badezimmer einer Zweizimmerwohnung, die von 14 Personen belegt ist. Dieses und andere Beispiele der Wohnungsnot in Budapest führt «Nepszabadsag» in einem Artikel an, der verlangt, dass der Zuzug vom Land in die Hauptstadt abgestoppt wird.

«Nach Budapest zieht jeder, dem es einfällt, und zwar nach dem Prinzip, dass die Staatsbürger in ihrer Bewegungsfreiheit und der Wahl ihrer Lebensbedingungen nicht behindert werden dürfen. Die nach Budapest strömenden Provinzler behindern jedoch die Budapester Bevölkerung darin, für sich und ihre Kinder bessere Lebensbedingungen zu schaffen».

Die Bestimmungen, die bisher erlassen wurden, um den Zustrom aus der Provinz zu unterbinden, blieben wirkungslos. Die Hauptmieter vermieten jeden Winkel, jede Waschküche und jedes Bodengelass an Untermieter aus der Provinz.

«Die verantwortungslosen Provinzler bereiten den Budapestern immer grössere Sorgen. Wir müssen etwas tun! Um so mehr als die Zustände nicht geeignet sind, die Popularität der Räte und das Vertrauen zu ihnen zu erhöhen. Bis tief in die Provinz ist beispielsweise die Nachricht verbreitet, dass eine Familie mit 4 Kindern in einer Holzablage leben muss. Die Menschen sind empört, aber es fällt ihnen nicht ein, dass dieser Familie nicht geholfen werden kann, weil sie sich selbst ins Unglück gebracht hat. Es sind entscheidende Einschränkungsmassnahmen notwendig. Lieber früher als später, zumal das Uebel und die daraus resultierenden Schwierigkeiten immer grösser werden...»

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 1. August 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Frau Damals: «Typisch SED! Das hammer beim Kaiser nich gehabt, bei Adolfen nich. und ich wette, der Adenauer oder Brandt wern sich solche Parolen auch nich erlauben ...» *(«Eulenspiegel», Ostberlin, 1. Juliheft 1962.)*

Nich wie bei Adolfen?

Der Witz der sowjetzonalen satirischen Zeitschrift teilt sich in freiwilligen und unfreiwilligen Humor. Der freiwillige entspricht dem offiziellen Parteihumor, der in der SBZ noch um einiges stumpfer und primitiver ist als in den übrigen Volksdemokratien. Der «Frau Damals», einer vom Karikaturisten Karl Schnog kreierten Figur, ist zum 65. Geburtstag des Zeichners eine Doppelseite der erwähnten «Eulenspiegel»-Nummer gewidmet. Die verschiedenen Bildchen haben dabei eine «thematische Einheit», die dem gleichgeschalteten Denkapparat der Humorfunktionäre entspricht.

Aber wir sprachen vom unfreiwilligen Humor unseres Beispiels. Er ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Plakatparole und Bildtext. Denn diese enthält ausgerechnet zwei Hauptbegriffe der hitlerschen Propaganda. Bis kurz vor dem von ihm entfesselten Krieg war Hitler ein ebenso ausgesprochener Fachmann der Friedenspropaganda wie seine heutigen Nachfolger in Mitteldeutschland. Plakate und Werbephotos des Dritten Reiches waren ebenfalls dementsprechend gestaltet. (Vergleiche KB Nr. 36, 1961.) Und Hitler nahm vehement gegen die «Kriegstreiber» Stellung. Etwa, als er vor dem Reichstag erklärte, falls die Juden einen Krieg verursachen würden, werde dies nicht das Ende Deutschlands, sondern des europäischen Judentums bedeuten. Genau gleich argumentierte dann anlässlich der Wiederaufnahme der sowjetischen Kernwaffenversuche im letzten Herbst der sowjetische Verteidigungsminister Malinowski, nur dass er nicht «Juden» und «Judentum» sagte, sondern «Imperialisten» und nicht «Deutschland», sondern «das sozialistische Lager». Das Vorgehen ist identisch: der Feind, den man zu liquidieren trachtet, wird von vorneherein des Verbrechens bezichtigt, das man selber plant.

Noch viel schöner aber ist die Ansicht des Karikaturisten, dass man die Parole des Sozialismus «bei Adolfen nich» gehabt habe. Vor lauter falscher Anwendung des Begriffes «Faschismus» (der zu Mussolini gehört) vergisst die Parteipropaganda ganz, dass sich Hitlers Bewegung «Nationalsozialismus» nannte, wovon der geläufige Ausdruck «Nazi» eine Kurzform ist. Was Hitler tat, tat er im Namen des Sozialismus und schändete damit den Begriff ebenso wie die heutigen kommunistischen Machthaber.

Der «Frau Damals» müssten also vor dem DDR-Plakat nur Erinnerungen aufsteigen: «Das hammer bei Adolfen auch schon gehabt.»

Im übrigen zeigt das Beispiel anschaulich einen praktischen Fall der kommunistischen Geschichtsbehandlung. (Vergleiche S. 2.) Die nicht genehme historische Tatsache des «Nationalsozialismus» ist so gründlich in «Faschismus» umgedeutet worden, dass die Parteipropaganda die Sachlage vergessen hat und in unserm Falle unfreiwillig zur Annäherung der beiden «Sozialismen» auffordert.

Unser Memo

Von einem konkreten Fall, wie der Weg der freien Schweiz heute auch über die Entwicklungsländer führt, lässt sich aus der Praxis des SOI berichten. Er liegt insofern scheinbar paradox, als es sich um die Unterstützung einer Zeitung handelt, die von der Regierung ihres Landes ausgerechnet der Kommunistenfreundlichkeit bezichtigt wird. Freilich ist das eine perfide Unterschiebung, die dem wirklichen Kampf gegen den Kommunismus abträglich ist.

Das in Südafrika bestehende Gesetz zur Niederhaltung des Kommunismus (Suppression of Communism Act) wird praktisch vor allem gegen die Opposition zur Appartheid angewandt, die den besten Nährboden für eine kommunistische Revolution darstellt. Betroffen wird unter anderm auch die kleine bimensuelle Zeitschrift «Contact», die in demokratischer Opposition zum Regime steht, wie sie jede Form des Totalitarismus bekämpft, so auch ausdrücklich und eindeutig den Kommunismus. Das SOI erhält sie im Austausch gegen die «Swiss Press Review and News Report».

Die Zeitschrift, deren Auflagehöhe von der Regierung Verwoerd eingeschränkt ist, hat Mühe, sich über Wasser zu halten. Sie hoffte es unter anderm durch Inserate aus demokratischen Ländern, so aus der Schweiz, tun zu können. Aber es zeigte sich, dass es schwierig war, dafür Interessenten zu finden, weil man die südafrikanische Regierung nicht verärgern will. Ein kürzlich des Landes verwiesener «Contact»-Redaktor erwähnte in einem Schreiben an Gesinnungsfreunde in der Schweiz die anscheinende Bereitwilligkeit unseres Landes zu Kapitalanlagen in Südafrika, «weil die Macht in den rechten Händen liege».

Wir glauben nicht, dass diese Ansicht bei uns so vorherrschend ist. Vielmehr dürfte es sich um eine Haltung «auf Sicherheit» handeln, die nicht zuviel mit Kreisen zu tun haben will, welche der Regierung nicht genehm sind.

Und hier liegt die übertragbare Anwendungsmöglichkeit des vielleicht auf den ersten Blick absonderlich anmutenden Falles. Wer im Kontakt mit den Entwicklungsländern nur auf Sicherheit gehen will, schadet auf etwas längere (vielleicht nicht mehr allzulange) Frist der Sicherheit von uns allen.